Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7637.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451. Organ für die werkthätige Bevölkerung. Telephon Nr. 451.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt".

Nr. 59. Montag, den 11. März 1901. 12. Jahrgang.

Die Krise in Schlesien.

II.

Mit den Hiobsposten aus dem Textilgewerbe, der Handschuhindustrie, der Neustadter Schuhfabrikation, der Holzindustrie und den schlesischen Steinbrüchen sind aber die Nachrichten vom geschäftlichen Niedergang durchaus nicht erschöpft. Eine ganze Reihe anderer Gewerbszweige liegen ebenso tief darnieder.

* * *

Die **Metallindustrie** hat einen schweren Winter hinter sich. So groß wie in den letzten Monaten war in Breslau die Arbeitslosigkeit seit Jahren nicht. In den letzten Wochen ist hier zunächst eine erhebliche Wendung zum Besseren eingetreten. — Die Maschinenbauanstalt Aktien-Gesellschaft in Görlitz arbeitet bei verkürzter Arbeitszeit, die kleineren Maschinenfabriken der Oberlausitz leiden schwer unter der Krise, überall sind Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung. Nur Lüder's Waggonfabrik, A.-G., hat seit Jahren große Aufträge, sie scheint in der Krisenzeit die Konkurrenz lahmlegen zu wollen. Die Folge davon sind Lohnherabsetzungen. Auch die Metallindustrie hat ein lebhaftes Interesse am Abschluß günstiger Handelsverträge.

Große Geschäftsflaue herrscht in der Brieger Metall-Industrie, in den Fabriken Gürtler u. Co. sowie Bild ist die Arbeitszeit verkürzt. Erstere Fabrik beschäftigt 48 Gesellen, 40 Arbeiter und **71 Lehrlinge**! In der Fabrik Bild werden fast alle Wochen Arbeiter entlassen und zwar zunächst unverheirathete Leute; hier währt jetzt die Arbeit täglich 9 Stunden, Montag bezw. Sonnabend 8 Stunden. Im Sommer wurde dagegen sehr häufig bis Abends 10 Uhr gearbeitet, im Durchschnitt 14—15 Stunden ohne Zulage für Ueberstunden.

* * *

Mehr auf lokale Ursachen ist der Rückgang in mehreren **Glasfabriken** Schlesiens zurückzuführen. Die Inhaber der Halbauer Glashütten haben die Produktion in ihren Hütten um die Hälfte eingeschränkt und siebzig Arbeitern gekündigt. Ein Theil derselben ist aber in Weißwasser in Arbeit getreten, da die dortigen Fabriken günstigere Lage für den Kohlenbezug haben. Die Penziger Glasindustrie geht aus der gleichen Ursache wie die Halbauer ständig zurück.

* * *

Schlechter Geschäftsgang herrscht seit Neujahr in den beiden großen **Kontobücher-Fabriken** Briegs, welche zur Saisonzeit zusammen 1200 Arbeiter beschäftigen. Auch in diesen Fabriken (Loewenthal, T. T. Heintze) sind zahlreiche Arbeiter-Entlassungen vorgenommen worden. Während der Hochsaison, 3 Monate vor Weihnachten, wird abwechselnd bald in der einen, dann in der anderen Fabrik bis 9 und 1/2 10 Uhr gearbeitet. Bei Loewenthal sind wenig Arbeiter entlassen worden, dagegen wird bei Heintze die Zahl der Entlassenen bereits auf **100** geschätzt.

* * *

In der Striegauer **Bürstenfabrik** ist diesen Winter viel mit Unterbrechung gearbeitet worden, da sich hier eine besondere Geschäftsstockung bemerkbar machte, weil die Aufträge anderer Länder zurückgegangen sind. Jedoch haben Entlassungen noch nicht stattgefunden.

* * *

Das **Baugewerbe** steht einem schlimmen Geschäftsjahr entgegen. In Breslau ist trotz sehr geringer Arbeitsgelegenheit großer Zuzug von auswärtigen Arbeitskräften zu verzeichnen, meist aus Orten, in denen die Bauthätigkeit vollständig darniederliegt. Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter gehen einem trüben Sommer entgegen. Auch im Görlitzer Baugewerbe ist eine schwere Krise zu erwarten. Hier steht ein halbes Stadtviertel Wohnungen jenseits der Bahn leer.

* * *

In Oberschlesien möchte man den Rückgang in **Bergbau** und **Hüttenwesen** gern noch verschleiern. Uns wurde aber schon vor einigen Tagen geschrieben: „Das Nachlassen der wirthschaftlichen Hochkonjunktur hat im Industriebezirke tausende von Arbeitern brotlos gemacht. Alle maßgebenden Hüttenwerke im Bezirk haben Feierschichten eingelegt, mehrere Hochöfen sind ausgeblasen worden, die Löhne, die hier auch in den glänzendsten Zeiten durchaus nicht den mittleren Lohnsätzen anderer Industriegegenden gleichkommen, wurden reduzirt, überall Niedergang, in den Arbeiterfamilien Hunger und Trostlosigkeit." Auch der „Arbeitsmarkt" läßt sich aus Oberschlesien berichten: „Ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet voll, die übrigen stark verkürzt."

* * *

Außergewöhnlich schlechter Geschäftsgang herrscht außerdem in den **Hutfabriken** Breslaus, in den **Gold- und Silberwaarenfabriken** unserer Stadt, in der **Papierbereitungsindustrie** im Kreise Hirschberg, wo bis zu 20 Prozent der Arbeiter entlassen wurden.

* * *

Zur **Holzindustrie** ist noch aus Striegau nachzutragen: In der hiesigen Stuhlfabrik waren alle Läger voll und mußte mit reduzirter Arbeitszeit gearbeitet werden. Es hat sich jedoch vor Kurzem zum Besseren gewendet, so daß jetzt die volle Arbeitszeit wieder eingeführt ist.

* * *

So sieht es gegenwärtig in Schlesien aus. Die Brotwucherer behaupten, die „Landwirthe" wollen auch etwas von den „fetten Zeiten" abhaben. **Wo sind diese „fetten" Zeiten für die Arbeiter?** müssen wir da eindringlich fragen.

Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne, das sind die Kennzeichen der gegenwärtigen Situation. Schon jetzt wissen tausende von Arbeitern nicht, wie sie ihre Familien unterhalten sollen, über weiteren Schaaren schwebt die Gefahr der Existenzlosigkeit. **Da ist es ein Verbrechen**, dem Volke noch das nothwendigste Nahrungsmittel zu vertheuern.

Die Gegner sind es wieder einmal, die das Volk aufwühlen und aufhetzen. Wir Sozialdemokraten brauchen nur über die Thatsache zu berichten, dann bleibt die Wirkung nicht aus. Und dieser Aufgabe wollen wir uns mit unbegrenztem Pflichtgefühl unterziehen. In der letzten Hütte sollen die Pläne der Brotwucherer bekannt werden, kein Arbeiter, kein Handwerker, kein Beamter, keine Frau soll in Unkenntniß bleiben über das, was die preußischen Junker und unsere Regierung planen.

Die Sozialdemokratie allein wird den politischen Vortheil von der Brotvertheuerung haben. Ihr Weizen blüht. Die gemischte Gesellschaft, die sich in Breslau am Freitag zur Förderung des Arbeiterschutzes zusammengethan hat, zählt in ihrem Kreise eine ganze Reihe von „Volksfreunden", die für die Vertheuerung des Brotes eintreten. Wenn sie so das elementarste Interesse des Volkes bei Seite setzen, können wir uns denken, was von ihnen zu erwarten ist.

Dennoch Genossen, ermüdet nicht in der Aufklärungsarbeit!

Vielleicht gelingt es doch noch, den Angriff der Großgrundbesitzer auf die Taschen der Arbeiter zurückzuschlagen. L.

Politische Uebersicht.

Freiherr von Stumm. Wie wir bereits gemeldet haben, ist der Großindustrielle und Reichstagsabgeordnete Freiherr von Stumm-Halberg, der berüchtigte König von Saarabien, auf Schloß Halberg bei Neunkirchen gestorben. Stumm war 1836 in Saarbrücken geboren, studirte an den Universitäten Bonn und Berlin und übernahm sodann die von seinem Vater begründeten großen Eisenhüttenwerke in Neunkirchen, die gegenwärtig Hochofen, Kokerei, Gießerei, Drahtziehen, Walzwerke u. s. f. umfassen und ungefähr 4000 Arbeiter beschäftigen. 1867 wurde er gleichzeitig in das preußische Abgeordnetenhaus und in den Reichstag gewählt. Er war Mitglied der deutschen Reichspartei — der sogenannten Freikonservativen —, bis zu seiner Erkrankung im vergangenen Jahre ihr eigentlicher Führer. Erst unter dem neuen Kurs that er sich in der Rolle hervor, die ihn allerdings im übelsten Sinne des Wortes zu einer geschichtlichen Persönlichkeit gemacht hat, in der Rolle des Scharfmachers. An allen den Versuchen, eine Ausnahmsgesetzgebung gegen die Arbeiter einzuführen, war er als einer der intellektuellen Urheber und als eifrigster Befürworter betheiligt. In der industriellen Welt Deutschlands hat er sich zu einem der großen Monopolisten des Kapitals emporgeschwungen, neben Krupp, freilich in weitem Abstand von diesem Allergrößten, war er der Hauptnutznießer an den großen Flottenbauten der letzten Jahre. Er versteuerte ein jährliches Einkommen von mehr als zwei Millionen Mark. 1882 wurde er ins Herrenhaus berufen, 1888 mit dem Freiherrntitel geschmückt, unter Wilhelm II. zum Mitglied des Staatsrathes ernannt.

Gottbegnadet.

Roman von Konrad Telmann.

58] (Nachdruck verboten.)

XV.

„Madame erinnern sich des alten Brasilianers, der im Hotel des Anglais wohnte, als Madame dort abgestiegen war? Balkon an Balkon? Seit wir die eigene Wohnung hier so weit draußen genommen haben, habe ich ihn gar nicht wiedergesehen. Man kommt ja hier nicht unter die Leute."

Das Letzte sagte die hübsche Französin, die Thea als Bonne für Lydia engagirt hatte, mit äußerst schnippischer Betonung. Thea sah von ihrer Handarbeit, mit der sie auf dem Balkon der kleinen Villa saß, zerstreut auf. „Warum?" fragte sie. „Was soll's mit ihm? Ich erinnere mich."

„Wir sind ihm heute begegnet, als ich mit der kleinen Lydia in der Stadt war. Er verfällt immermehr. Aber er war sehr freundlich zu uns und hat gefragt, wo wir jetzt wohnten, er wollte einmal kommen, uns zu besuchen, er hätte Kinder so gern und unseres wäre ein wahres, kleines bijou."

Thea nickte gleichgültig. Aber die Französin zeigte keine Lust, das Geschwätz schon zu beendigen. Wenn es nach ihrer Herrin ging, konnte sie sich überhaupt den Mund getrost zuwachsen lassen. Diese Deutschen überhaupt! Wozu der liebe Herrgott dem Menschen die Sprachwerkzeuge verliehen hat, schien denen ein Geheimniß geblieben zu sein. Ob der schöne, blasse Mensch, der heute den alten, kranken Herrn im Rollwagen geschoben hatte, auch ein Deutscher war, hätte sie allerdings nicht zu sagen gewußt, so wenig, wie man sich erklären konnte, welche Stellung er überhaupt bei ihm einnahm — denn für einen Diener oder Krankenwärter sah er doch ein Bischen zu vornehm aus —, im Uebrigen hätte er in Bezug auf seine Redseligkeit sicher zu dieser merkwürdigen Nation gehören können. Auch nicht ein Ton war aus ihm herauszubringen! Man hatte ihr das im Gasthof schon gesagt, wo sie es ja hatten wissen müssen. Wahrscheinlich war der arme Mensch taubstumm, hatte es dort geheißen, oder verstehe doch nur eine Sprache, die sonst kein Christenmensch hier zu Lande spreche außer seinem alten, kranken Herrn. Aber nicht einmal einen Blick hatte er für sie gehabt. Mademoiselle Claire begriff das nicht. Selbst hier in Nizza, wo an hübschen, vornehmen und eleganten Weibspersonen gerade kein Mangel war — in jedem Genre waren sie vielmehr vertreten, von der Herzogin herab bis zur Grisette, als ob sie sich hier ein Rendezvous geben wollen —, war sie gewohnt, daß man sie beachtete, manchmal sogar mehr, als ihr lieb war. Und nun hier diese unbegreifliche, geradezu beleidigende Gleichgültigkeit! Mademoiselle Claire hatte sich heute vorgenommen, daß das anders werden müsse. Sie hatte gerade deshalb Lydia auf der Straße geheißen, dem alten, kranken Herrn, der sie sonst wohl mit seinen halbblinden Augen gar nicht bemerkt haben würde, die Hand zu geben. Weitere sich von selbst ergeben hatte. Das brauchte übrigens Madame natürlich nicht zu wissen. Die hätte ja am liebsten sich selbst, das Kind und Mademoiselle Claire dazu, hinter ein handfestes Eisengitter gesteckt, damit sie nur ja nicht in Berührung mit Menschen kamen. Als ob die hier alle den Aussatz an sich hätten! Jung und bildhübsch, wie Madame war, — es war sehr seltsam.

Richtig: nun war ihr auch das wieder nicht recht! Madame erklärte, sie wolle für diesmal zwar nichts dagegen sagen, daß Lydia den alten Herrn begrüßt habe, sie bitte aber dringend, daß Mademoiselle sich im Uebrigen an ihr Verbot erinnere, Lydia mit fremden Menschen nie in Berührung zu bringen. Das Kind sollte also wohl wirklich für's Kloster erzogen werden. Nun, ihr konnte es ja im Grunde recht sein. Nur: langweilig war dies Leben, das konnte Keiner in Abrede stellen. Und wenn es für länger hätte sein sollen als für ein paar Monate, und wenn der Lohn nicht gar so verlockend wäre, Mademoiselle Claire hätte es in dieser Villa Beau-Regard, wo man eigentlich gar nicht mehr in Nizza war, wahrhaftig nicht ausgehalten. Und so etwas sich freilich aufzuerlegen, während man doch allem Anschein nach gar nicht krank war und sich überdies nicht einzuschränken brauchte, — wer das verstehen konnte, war klüger als Mademoiselle Claire. Jedenfalls steckte irgend ein Geheimniß dahinter. Und mit der Zeit würde man ihm ja wohl auf die Spur kommen. In Nizza gab es die wunderlichsten Existenzen, manchmal sehr dunkle und sehr anrüchige, und eigentlich erlebte man da jeden Tag eine neue Ueberraschung. Die Spielbank von Monaco war gar zu nah und kein Mensch fragte hier überhaupt darnach, ob die aus allen Weltgegenden herzuströmenden Fremden auch ein Recht darauf hatten, Namen, Stand und Rang so zu führen, wie sie es thaten. Auf seiner Hut mußte man also immer sein, — auch Mademoiselle Claire dieser merkwürdigen Deutschen gegenüber. Sie nahm sich das heute sogar noch einmal ausdrücklich vor. Trotzdem war sie acht Tage später immer noch genau auf dem nämlichen Fleck. Madame führte das zurückgezogene Leben, das so gar nicht für Nizza paßte, weiter und kein Mensch wußte, weshalb. Zu den Nachmittagskonzerten im Jardin public ging sie so wenig wie in's Kasino oder auf die Promenade des Anglais — wenigstens nicht um die Stunden, wo dort die vornehme Welt ihre Toilettenpracht zeigte und die eleganten Equipagen den Staub aufwirbeln ließen: wenn sie das Haus verließ, machte sie weite, einsame Wege in die Thäler oder brachte gar Blumen mit heim, die sie nur droben auf den Berghöhen gepflückt haben konnte. Eine seltsame Manier. Wie dagegen eine Fahrt nach Monte Carlo, bei der man anstandshalber doch Mademoiselle Claire als Ehrendame hätte mitnehmen müssen.

In solchem Leben war es wahrhaftig schon als ein großes Ereigniß zu bezeichnen, daß eines Tages der alte, kranke Brasilianer — Monsieur Teffino nannte er sich — wirklich nach Villa Beau-Regard kam, und zwar zu einer Stunde, wo Madame fort war, und richtig in Begleitung des hübschen, blondbärtigen Menschen, der seinen Rollstuhl schob. Soweit wäre Alles nach Wunsch gegangen, nur in der der Blondbärtige, der übrigens in der Nähe gar nicht mehr so jung aussah, kümmerte sich auch heute und hier nicht im Geringsten um sie, gerade als ob sie Luft für ihn gewesen wäre; dagegen hatte er das Kind, das er wohl zum ersten Male betrachtete, angestarrt, wie eine Wundererscheinung, und kein Auge mehr von ihm verwandt. Und dann, während sie selber nothgedrungen mit dem alten Herrn plaudern mußte, der ja recht ritterlich und artig sich gegen sie zeigte — nur daß er doch gar zu verfallen und schwach war —, hatte er das Kind plötzlich in seine Arme genommen und auf das Haar geküßt — vielleicht nicht eigentlich geküßt, aber doch jedenfalls sein Gesicht in das Haar des Kindes gedrückt. Und das so blitzschnell, daß Mademoiselle Claire es gar nicht hätte verhindern können, selbst nicht, wenn sie gewollt — Madame hatte nämlich verboten, das Kind von fremden Menschen küssen zu lassen, Madame verbot ja eigentlich Alles —, sondern nur noch halb belustigt und halb spöttisch rufen konnte: „Mais, monsieur, voyons!"

Und der hübsche Blondbart wurde ganz roth vor Verlegenheit, was ihm übrigens recht gut stand, und murmelte etwas zwischen den Zähnen, was sie nicht aufgriff, starrte aber immer weiter dabei das Kind an, gradeswegs als ob er verzaubert wäre, ohne daneben überhaupt etwas zu sehen oder zu hören. Zu berühren wagte er es anscheinend nicht mehr, während die kleine Lydia ihrerseits den fremden Mann ganz freundlich anlächelte, obgleich sie sonst immer so scheu und blöde war. Sie ging sogar, ihm ein paar Blumen zu pflücken, die im Vorgarten — wo der ganze Besuch sich abspielte — an den Rändern des Boskets standen, und als sie ihm die reichte, hätte Mademoiselle Cläre darauf schwören mögen, daß eine Thräne — wenn nicht gar mehrere — dem schüchternen, blonden Menschen an die Wimper trat. Nein, war der weichherzig und wehleidig! Mademoiselle Claire fand ihn jetzt eigentlich ein bischen lächerlich. Selbst der alte Herr im Rollstuhl, für den die Kleine nun ebenfalls Blumen pflückte, war auf sein merkwürdiges Benehmen aufmerksam geworden und rief ihm ein paar Worte zu, in einer Sprache, die Mademoiselle nicht verstand und auf die er dann in gleicher Weise antwortete, ohne im Uebrigen seine Haltung und seinen Gesichtsausdruck zu verändern. Es fiel Mademoiselle zugleich auf, daß er eine sehr wenig wohllautende, leise und rauhe Stimme hatte, sogar überhaupt nur mit Mühe zu sprechen schien. Er war also wohl wirklich krank, der Arme. Das erklärte dann freilich Manches.

Uebrigens mußte in dem, was er dem alten Herrn gesagt hatte wohl die Bitte enthalten gewesen sein, nach dem Namen des Kindes zu fragen, was der blonde Mann selber wegen mangelnder Sprachkenntniß wohl nicht vermochte — oder war er nur zu bewegt dazu? Denn gleich hinterher fragte der Alte im Rollstuhl, der ein ausgezeichnetes Französisch sprach: „Wie heißt das Kind eigentlich, Fräulein?"

Als Mademoiselle den Namen nannte, sah sie den blonden Menschen zufällig

Stumm ist in den letzten Jahren zu einer komischen Figur geworden. Die ganze Oeffentlichkeit spottete, wenn er die königstreuen Professoren der Berliner Universität als verkappte Umstürzler denunzirte, und wenn er im Reichstag seine Donnerreden gegen die Sozialdemokraten losließ, lachte fast das ganze Haus. Der Geist Stumms ist aus der deutschen Politik noch nicht gebannt, aber wie hat sich doch in den letzten Jahren Alles geändert und Vieles gebessert! Wie anders ist's heute, als es vor acht Jahren war, damals, als im Reichstage Stumm den Sozialdemokraten die bekannten Worte zurief: „Ihr Zukunftsstaat ist nichts als ein großes Zuchthaus, verbunden mit einem allgemeinen Kaninchenstall.“ Das war in der berühmten Zukunftsstaatsdebatte, in der Eugen Richter im Vordertreffen gegen die Sozialdemokraten kämpfte, und jenes Bekenntnißwort einer böswilligen Dummheit riß den gesammten Freisinn zu lautem Beifall hin. Und heute? Ach, wie oft haben seither nicht nur der Freisinn, sondern auch recht weit rechts hin die Nationalliberalen hinter den Sozialdemokraten Deckung gesucht, und die vor acht Jahren die großen Kulturgüter der Nation vor der Vernichtung durch die „rothen Barbaren“ behüten zu müssen glaubten, sind nun froh, daß diese Barbaren inzwischen so stark und mächtig geworden sind, daß sie die Freiheit der deutschen Kunst und Wissenschaft vor den Uebergriffen der junkerlich-pfäffischen Reaktion zu schützen vermögen.

Wahlbeeinflussungen auf dem Lande. Der von unserem Genossen Auer erstattete schriftliche Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Reichstags-Abgeordneten Prätorius für den Wahlkreis Randow-Greifenhagen, Regierungsbezirk Stettin, verzeichnet einen recht netten Ukas eines Ortsgewaltigen.

In Pampow hat der Wahlvorsteher Kastenbein in seiner Eigenschaft als Ortsvorsteher nach der Wahl folgende wörtliche Kundgebung, durch ortsübliche Bekanntmachung per Schulzenstock erlassen:

Betreffend des Wahlergebniß danke ich den Herrn Wählern der 86 Stimmen, für die rege Betheiligung, werde auch die mir wohl bekannten dreißig Stimmen in Andenken behalten. Die Holz und Streu Gerechtigkeit ist noch abzuwarten.

Pampow, den 12. November 1900.

Kastenbein,
Ortsvorsteher.

Die in dieser Bekanntmachung betonten dreißig Stimmen sind für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden, und enthält die vorstehende Aeußerung des Ortsvorstehers eine Drohung gegen die dreißig Wähler, es wäre hiernach zu prüfen, wie bei der geheimen Wahl der Herr Ortsvorsteher Kenntniß über die Personen der dreißig sozialdemokratischen Wähler erhalten, anderseits stellt es sich als eine Drohung und Beeinflussung für spätere Wahlen dar.

Die Wahlprüfungskommission kam bezüglich dieses Punktes zu folgendem Beschluß: da die Bekanntmachung des Ortsvorstehers Kastenbein erst nach der Wahl erfolgt ist, so kann derselben eine Einwirkung auf das Wahlergebniß nicht zugemessen werden. Der Vorgang ist aber so ungewöhnlich, und — nach einstimmigem Urtheil der Kommission — so unzulässig, daß dieselbe beschloß, den Reichstag zu ersuchen, zu beschließen: diesen Bericht dem Königlich preußischen Ministerium des Innern zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Abermals eine Verwarnung wird an die Adresse des Grafen Bülow gerichtet; sie kommt aber diesmal nicht vom Auslande. Aus Köln, 9. März, wird gemeldet:

Die ultramontane „Köln. Volksztg.“ warnt in einer Besprechung der politischen Lage den Grafen Bülow, sich auf zu viele Stühle zu setzen. Das Blatt sagt, eine Partei, die sich für nothwendig für das Staatswohl hält, kämpft in zweiter Linie auch für sich selbst und nicht für die wechselnden Regierungen. Wenn aber die heutigen Staatsmänner glaubten, sie könnten das Zentrum in der Frage der Aufhebung des Jesuitengesetzes dilatorisch behandeln, so würden sie sich bald eines Anderen überzeugen.

Die Losung des Zentrums lautet also: Keine Jesuiten, keine Erhöhung der Getreidezölle. Und dabei hat die Regierung für das Zentrum schon so viel gethan, daß ihr zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. Reichskanzler zu sein, wenn man es mit Niemandem verderben will, ist kein Vergnügen; besonders, wenn man die Unersättlichkeit des Ultramontanismus unterschätzt.

Gegen den Brotwucher. In Gnesen fand am 2. März eine Protestversammlung gegen die Getreidezölle statt. Es war die erste sozialdemokratische Versammlung, die daselbst stattfand, das kleine Lokal war von ungefähr 150 Personen gefüllt. Das Referat des Genossen Morawsky, der in polnischer Sprache den Arbeitern die Brotwucherpolitik des Zentrums vor Augen führte, fand überaus günstige Aufnahme.

Weiter wird uns berichtet von einer Versammlung in Heinrichsfeld bei Spremberg, die von etwa 400 Personen, darunter zahlreiche Frauen, besucht war; am Montag fand in Charlottenhof bei Potsdam eine von etwa 700 Personen besuchte Protestversammlung statt. In dieser Versammlung gab ein adliger Herr unter allgemeiner Heiterkeit die Weisheit zum Besten, daß die Getreidezölle auch dem Landarbeiter und Kleinbauern mit 4—5 Morgen noch insofern nutzen, als Beide das vom Gutsherrn erhaltene überflüssige Getreide zu hohen Preisen verkaufen können!

In Eberswalde hat am 5. d. Mts. eine Volksversammlung einstimmig Protest eingelegt gegen jede Erhöhung der Getreidezölle und deren Beseitigung verlangt.

Die Stadtverordneten zu Lengenfeld, Sachsen, beschlossen am 28. Februar, den Stadtrath zu ersuchen, eine Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle an den Reichstag zu richten.

Aus Kiel schreibt man: Die räuberischen Absichten der Brotwucherer wurden in Kiel und Umgegend in sechs allgemeinen äußerst zahlreich besuchten Volksversammlungen behandelt und in denkbar schärfster Weise gekennzeichnet. Insgesammt hatten sich etwa 6000 Personen versammelt, die einmüthig ihren Protest kundgaben. Auch bürgerliche flottenschwärmerische Kreise betheiligten sich an der Kundgebung.

Aus Straßburg i. E. wird geschrieben: In einer eindruckvoll verlaufenen, von nahezu 1000 Personen besuchten Versammlung legte die Arbeiterschaft der Reichslandeshauptstadt gegen die geplante Getreidezollerhöhung Protest ein. Redakteur Dr Lensch von der „Freien Presse“ hatte darin das Referat übernommen.

Am Abend vorher hatte in demselben Saale der Führer der badischen Demokratie, Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter Muser-Offenburg, vor etwa 500 Personen gesprochen. Auch hier wurde einstimmig eine Protestkundgebung gegen den Brotwucher votirt.

Fürsten und Völker. Prinz Ludwig von Bayern hat in einem Trinkspruch auf dem Kommers, den die Polytechnische Hochschule in München aus Anlaß des achtzigsten Geburtstages des Prinzregenten veranstaltet hat, u. A. ausgeführt: Fürsten und Völker müßten aus der Geschichte lernen. „Sehen Sie auf die deutsche Geschichte; sie ist lehrreich. Bald waren die Deutschen oben, bald, wenn sie den Augenblick nicht verstanden, unten. Sorgen wir dafür, daß wir, die wir jetzt aufsteigen, nicht wieder sinken. Die Geschichte ist auch Lehrmeister für Fürsten und Völker. Die Fürsten muß sie lehren, Fehler zu vermeiden, und sie erinnern, daß Dynastien, die noch so befestigt waren, verschwunden sind, wenn sie nicht taugten, und wenn sie ihrer Aufgabe, Führer des Volkes zu sein, nicht dienten. Aber auch Völker sind verschwunden, die in Wohlleben und Laster verfallen sind.“

Eine Verbesserung der Gewerbeaufsicht bezweckt ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in der hessischen Zweiten Kammer. Die Regierung soll nach diesem Antrag ersucht werden, für sämmtliche Gewerbeinspektionsbezirke nach Anhörung der in die Ministerialabtheilung für Landwirthschaft, Handel und Gewerbe berufenen Vertreter der Arbeiter, je eine Hilfsarbeiterin und einen Hilfsarbeiter aus den Reihen der gewerbli Arbeiter anzustellen.

Wegen eines Artikels in Naumann's „Hilfe“: „In fktion in Sachsen-Weimar“ hat sich die oberste Kirchenbehörde leidigt gefühlt und gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Mau brecher Strafantrag gestellt. Der Artikel betrifft das angebl Beifallklatschen eines Landpfarrers nach einem Vortrag Pfar Naumanns. Hieran ist eine die oberste Kirchenbehörde beleidige Bemerkung geknüpft.

Durch den Tod des Freiherrn von Stumm ist e Ersatzwahl im Reichstagswahlkreise Trier 6 (Ottweiler-St. Wend Meisenheim) erforderlich geworden. Ob die (fre konservative) Rei partei den Wahlkreis behaupten wird, den Herr von Stumm a schließlich durch seine Persönlichkeit und durch seine gewaltsa Unterdrückung der Gegner in seinen Betrieben gehalten hat, st sehr in Frage. Bei den letzten Wahlen am 16. Juni 1898 wurd an Stimmen abgegeben für Stumm 12,267, für das Zentru 12,493, für die Nationalliberalen 2918, für die Sozialdemokra 112. In der Stichwahl siegte Herr v. Stumm mit 16,896 Stimm über den Zentrumskandidaten, der es auf 13,432 brachte.

Ausland.

Ueber die Studentenunruhen in Petersbu werden der „Bresl. Ztg.“ noch folgende empörende Einzelheit berichtet:

Das 40jährige Jubiläum der Aufhebung der Leibeigenschaft a 4. März hat zu einem neuen argen Zusammenstoß zwischen Poli und Petersburger Studentenschaft geführt. Vor der Kasansch Kathedrale sammelte sich allmählich eine Schaar von 300 b 400 Studenten an, die bald zu Zweien, bald zu Dreien von d umliegenden Straßen zu Fuß oder zu Wagen herbeieilten. In ihr Mitte tauchten auch bald zahlreiche Hörerinnen der „Höher Weiblichen Kurse“ auf, etwa 150 an der Zahl. Diese Ansamm unmittelbar vor dem Newski-Prospekt, auf dem es in der Mittag stunde von Spaziergängern wimmelt, lockte viele Hunderte von Ne gierigen herbei, die in Erwartung der kommenden Dinge Straß und Trottoirs füllten, so daß der Pferdebahnverkehr völlig sisti werden mußte. Auf die Aufforderung der aus allen Quartire herbeieilenden Polizei, auseinander zu gehen, antworteten die Studente sie würden dies nicht thun, beabsichtigten vielmehr, in die Kasansch Kathedrale zu gehen und dort eine „Panichide“ (kirchliche Todtenfeie für den Zar-Befreier abhalten zu lassen. Da Alexander II. nic nur die Bauern befreit, sondern auch liberale Universitätsstatuten g schaffen hat, die in den achtziger Jahren aufgehoben wurden, wittere die Polizei in diesem Wunsch nach einer „Panichide“ ei höchst gefährliche politische Demonstration und versperrte den Zutri zu dem Gotteshause. Hierdurch wurde die Erregung der Studente und ihrer weiblichen Kommilitonen aufs Höchste gesteigert, und al nun eine Sotnia Kosaken aufsprengte, wurde auch di Aufforderungen des kommandirenden Offiziers mit Geheul un Pfeifen beantwortet. Die Kosaken machten kurzen Prozeß; si griffen sich einzelne Studenten heraus, zogen sie zu sich an die Pferd heran und hieben ihnen mit der kurzen dicken „Nagaika (Kosakenpeitsche) über den Kopf, ins Gesicht, wo sie gerad hin trafen. Etwas abseits stand der oberste Polizeichef der Stad Petersburg, der Stadthauptmann Generalleutnant Kleigels, und sa dem Treiben der Kosaken ruhig zu, ohne eine Miene zu verziehen Aus dem dichtgedrängten Publikum stürzte ein Beamter der Stadt verwaltung zu ihm und rief ihm zu: „Sehen Sie denn nich Exzellenz, wie die Kosaken wirthschaften?“ „Sie beruhige nur die Tumultuanten, aber thun Niemand etwas zu Leide.“ „Si sind ein Schurke (russisch podlez)“, antwortete der Beamte Kleigels blieb ganz ruhig, aber ein Polizeioffizier folgte sofort dem Beamten, mit dessen Dienstkarrière es zweifellos vorbei ist.

Die Studenten wurden endlich in die städtische Duma hinein gedrängt, und hier begann eine sich bis in den tiefen Abend hinziehende Aufnahme ihrer Personalien. Die Meisten wurden dann, nachdem vielfach noch kontrollirt worden war, ob ihre Angabe von Namen und Wohnung auch richtig sei, einstweilen nach Hause entlassen. Einige wurden nicht mehr freigelassen. Unter den Inhaftirten sind die Hörerinnen der „Höheren Weiblichen Kurse“ besonders zahlreich vertreten. Augenblicklich steht die Universität leer; es gehen dumpfe Gerüchte von neuen Demonstrationen, von einer Eingabe direkt an den Zaren gegen die Polizei. Unsere studentische Jugend will nicht lernen, daß sie im offenen Kampfe gegen die Staatsgewalt unweigerlich den Kürzeren ziehen muß.

Lenkt England ein? Wie von London aus verlautet, sandte die englische Regierung nach Eingang eines ausführlichen Berichtes an Milner endgiltige Instruktionen mit weitergehenden Konzessionen, so daß ein Kompromiß wahrscheinlich geworden ist.

Die einzig wirksame Konzession kann nur Garantie der Unabhängigkeit sein. Wenn England zahm geworden

Aus aller Welt.

Nachklänge zum Sternberg-Prozeß. Das Landgericht I in Berlin hat den Inseratenagenten Fritz Wolff wegen Verleitung zum Meineide, begangen im Sternberg-Prozesse, zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, seine Geliebte Hulda Saul zu einem Jahre und die Obstbändlerin Stahs zu 1½ Jahr Zuchthaus verurtheilt.

Noch einmal Meerscheidt-Hüllessem. Dem „Kl. Journal“ wird bestätigt, daß Polizeidirektor von Meerscheidt-Hüllessem sich mit Cyankali, welches er einige Tage vorher im Kriminalmuseum für das Polizeipräsidium entnommen, vergiftet hat. Vor seinem Tode hatte er seine Papiere genau geordnet, und zwei Packete angefertigt, welche die gleichlautende Aufschrift trugen: „Drei Tage nach meinem Tode zu öffnen“. Dieselben waren an den Schriftsteller Stockhausen, an seine langjährige Vertraute, die Polizeidigilantin Kathi B. und an den Rechtsanwalt Rosenstock, mit dem er sehr befreundet war, adressirt. Sein baarer Nachlaß betrug nur einige Pfennige; die Kosten für die Beerdigung seiner im Tode vorangegangenen Gattin mußten von guten Freunden bestritten werden.

In dem Prozesse Wendlandt wegen Unterschlagung und Vergehens gegen das Devisengesetz ist der Angeklagte nach mehrtägiger Verhandlung zu 3¾ Jahren Gefängniß verurtheilt worden, wovon 1½ Jahre auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Auf Ehrverlust wurde nicht erkannt.

Petroleumbrand. Am Potsdamer Platz zu Berlin passirte einem jungen Menschen das Unglück, daß von seinem Handwagen in dem starken Wagenverkehr ein großer mit Petroleumäther gefüllter Ballon herabfiel und zersprang, so daß sich der Aether auf die Straße ergoß. Die weithin einen penetranten Geruch verbreitende Flüssigkeit wurde zwar durch Straßenarbeiter in das dunkle Bedenkliche Gully gefegt, auf irgend eine Weise gerieth jedoch der Aether in Brand und unter kanonenschußartigem Knall stiegen haushohe Rauch- und Feuersäulen auf, die nur mühsam gelöscht werden konnten.

Ein richtiges Räuberleben führte eine jugendliche Bande in Berlin, die jetzt von der Kriminalpolizei aufgehoben ist. Sie zählte vierzehn Mitglieder, die bis auf zwei, die bereits vorbestraften Burschen Lorzinski und Wolff, alle noch strafunmündig sind. Die Bengel hausten in der Kaiserin Augusta-Allee in einem großen, nicht benutzten Kanalisationsrohr. Hier hatten sie sich aus gestohlenen Strohdecken, Heu und Stroh ein Lager gemacht. Wer dort nicht mehr Platz fand, suchte ein Unterkommen auf Heuwagen oder Kähnen. Eine Abtheilung des Rohrs war als eine Art Küche hergerichtet, in der geheizt und gekocht wurde. Von dieser „Räuberhöhle“ aus unternahmen die Burschen Streifzüge in die benachbarten Straßen zu Einbrüchen und Diebstählen. Während die einen Milch, Wurst, Schinken, Käse u. dergl. heranschleppten, sorgten andere durch „Abhängen“ für Kleidung, Schuhzeug u. s. w. Wenn der eine oder andere Strolch auf einem Streifzuge von seinen Eltern abgefaßt wurde, mußte er mit nach Hause, aber bei der ersten besten Gelegenheit brannte er wieder durch. Zwei Anführer und fünf Mann waren ständige Bewohner des Kanalrohres. Bei diesem blieben, wie einige Burschen behaupten, stets zwei als Wächter mit geladenem Revolver zurück. Andere bestreiten das allerdings, und man hat auch keine Waffe gefunden. Mit einer gestohlenen Lampe wurde Nachts der Raum erleuchtet.

Ein Sparkassenkrach. In Kammin i. P. bestand seit Jahren eine Spar-Gesellschaft unter dem Namen Ortsverbrüderung. Sie arbeitete unter dem Deckmantel der Frömmigkeit, und die geistlichen Vereine wurden nicht müde, ihre Gelder der Verbrüderung anzuvertrauen. Auch Arbeiter, kleine Besitzer, Dienstboten brachten ihre Ersparnisse zu der frommen Genossenschaft, die 2—5 Prozent Zinsen bot. Der Leiter, Kassirerdant Karl Voigt, genoß das unbeschränkte Vertrauen. Er galt als Freund der Armen und Bedrängten, seine Frömmigkeit war sprichwörtlich und zahlreich waren seine Zuwendungen an fromme Stiftungen. Das Vertrauen zu ihm war so groß, daß man es nicht für nöthig fand, seine Kassenführung einer regelmäßigen Kontrolle zu unterziehen. Jetzt ist der ganze Kreis Kammin in Aufregung gerathen, weil sich herausstellte, daß die Grundlage dieser Sparkasse unsolid war und die Kasse einem vollständigen Krach verfallen ist, aus dem die Einzahler nur sehr wenig retten werden. Ueber das Vermögen Voigts ist der Konkurs eröffnet worden. Bisher sind schon mehr als 300,000 Mk. Schulden festgestellt, denen kaum 38,000 Mk. Vermögen gegenüberstehen. — Also ein Nachfolger des frommen Sanden.

Zum Kapitel der Soldatenmißhandlungen. Soldatenmißhandlungen schwerster Art kamen in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 in Dresden zur Verhandlung. Angeklagt war der Unteroffizier Alwin Max Hockerd von der 7. Kompagnie des sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 177, der nach dem Wortlaut des Urtheils seine aus Rekruten bestehende Korporalschaft in geradezu bestialischer Weise behandelt hat. Unteroffizier Hockerd hat, wie die Verhandlung ergab, die ihm unterstellten zwölf Mann nur mit „Du“ angeredet, täglich grobbrigt, oft mit dem Gewehrkolben gestoßen und sie mit einer Nadel in die Beine gestochen, wenn sie nicht eine genügende Anzahl Klimmzüge machten. In der Instruktionsstunde schlug er die Leute mit der Faust ins Gesicht und an die Brust und ließ sie übermäßig lange Kriechzeuge machen oder stillstehen. Am Kaisertage befahl er einem an Heiserkeit erkrankten Soldaten, vor seinen Augen drei Liter Bier zu trinken. Er ließ die Soldaten nach Kommando essen und verbot ihnen auf längere Zeit das Rauchen. Als ein Soldat sich bei ihm krank meldete, schlug er ihr. Für den Fall einer Beschwerde bedrohte er die Leute mit Schlägen. In einem Falle stach er einen Soldaten in die Schulter. Auf einen anderen Soldaten ging er mit offenem Messer los und schrie: „Hund, ich ersteche Dich! Geh' mir aus den Augen!“ In Anbetracht der unglaublichen Rohheit seiner Handlungsweise wurde Hockerd degradirt und zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt.

Eine englandfeindliche Kundgebung, anläßlich des Besuches König Eduards hat jetzt für den betheiligten Beamten unangenehme Folgen gehabt. Als der Zug mit dem englischen König die Station Duisburg passirte, hatte sich angeblich eine Gruppe von Personen auf dem Bahnsteig eingefunden und veranstaltete eine englandfeindliche Demonstration. Die Rufe: Eduard raus! wurden laut. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, der den König begleitete, hörte ebenfalls diese Rufe und verurtheilte sie sofort lebhaft. Wie ein rheinisches Blatt meldet, ist der dortige Stationsvorsteher 1. Klasse Krämer zur Strafe von Duisburg nach Emmerich versetzt.

... Und weiche keinen Finger breit von zehn Prozenten ab. In Nürnberg soll durch Erbauung neuer Straßenbahnlinien aus städtischen Mitteln die Straßenbahn aus einem Dividenden-Institut zu einem Verkehrs-Institut umgestaltet werden. Die dort jetzt das Publikum monopolistisch schröpfende Straßenbahn-Gesellschaft macht ihr Einverständniß davon abhängig, daß ihr die Stadt auf 25 Jahre eine Jahres-Dividende von 10 Prozent garantirt. Die „Fränk. Tagespost“ hat die Befürchtung, daß die freisinnigen nürnbergischen Stadtväter dieser edlen Bescheidenheit volles Verständniß entgegenbringen werden.

Ein entsetzliches Schiffsunglück wird aus Bilbao vom Freitag gemeldet. Der englische Dampfer „Arlona“ fuhr an der nahe gelegenen Küste gegen Felsen und sank. Die Mannschaft, bestehend aus 23 Mann, ist umgekommen.

Eine wunderbare Lebensrettung ist, wie der „Voss. Ztg.“ aus Rom geschrieben wird, im Quartier von S. Maria Maggiore das Gespräch des Tages. Im obersten Stockwerke eines siebenstöckigen Hauses befand sich in einem nach dem Hofe zu gelegenen Zimmer ein neunjähriges Mädchen, Annita Capuso, das sich aus dem offenen Fenster lehnte, um die von der Straße herauftönende Musik besser zu hören. Die Kleine verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Ihr gutes Glück wollte, daß sie auf einen in der Höhe des dritten Stockwerkes quer über den Hof gespannten Wäschdraht fiel, und sie hatte Geistesgegenwart genug, ihn mit beiden Händen zu erfassen. Er riß zwar, aber sie behielt das kürzere Ende in den Händen und flog nun in schräger Linie gerade in ein offenes Fenster des zweiten Stockwerkes hinein und einer Frau, die unweit des Fensters stand, in die Arme. War diese zu Tode erschrocken, so hatte dafür das Kind weder Beschädigungen noch arge Gemüthserschütterung davongetragen. „Ich habe nicht Zeit gehabt, zu bedenken, was mir geschah,“ war die Antwort auf die Fragen nach dem, was es empfunden habe.

Dänemarks Volkszählung vom 1. Februar d. J. hat als Gesammtbevölkerung des Landes der „Tägl. Rundschau“ zufolge 2,447,441 Seelen ergeben. Davon fallen 378,280 auf Kopenhagen selbst, ohne die Vororte, mit denselben 427 500. Seit der letzten Volkszählung (1890) beträgt die Zunahme der Bevölkerung (275,061) im Jahresdurchschnitt 1,09 Prozent. Auch in Dänemark fällt der Zuwachs hauptsächlich auf die Städte.

sein sollte, so wird die Blockirung Kapstadt's, des einzigen zu großer Zufuhr geeigneten Hafenplatzes, durch die Pest nicht wenig dazu beigetragen haben. Im Uebrigen ist Kitchener wieder einmal mit seinem Pferdebestande total fertig, ohne den Zweck der gewaltigen Anstrengungen, den Fang Botha's und De Wets erreicht zu haben.

Die „Times" wissen aus Pretoria zu berichten, daß die Unterhandlungen, die in der vergangenen Woche bei Middelburg zwischen Botha und Kitchener begonnen wurden, augenblicklich unterbrochen sind, da man die Antwort der englischen Regierung abwartet.

Ein Telegramm aus Kapstadt meldet: Zwei Europäer sind gestern an der Pest gestorben. Sieben neue Fälle sind festgestellt.

Der Krieg in China.

Der Mißerfolg der europäischen Mächte in China wird jetzt ohne Schminke selbst von den Blättern eingestanden, die sich, als Graf Waldersee nach China abdampfte, vor weltmachts-sanguinischen Hoffnungen kaum zu fassen wußten. Jetzt, wo der monatelange „Feldzug" viele Menschenleben und — wenn man die Ausgaben aller Mächte zusammenzählt, weit über eine Milliarde gekostet hat, an der Deutschland allein mit 272 Millionen Mark betheiligt ist, jetzt sieht man endlich ein, welche Rolle wir gespielt haben.

Der neueste Schachzug Li-Hung-Tschangs geht dahin, daß dieser schlaue Diplomat bei den Differenzen der Mächte — seine Hilfe anbietet! Aus Shanghai wird gemeldet:

Der Vizekönig Liu-Kunyi hat den Vertretern Englands, Amerikas und Japans seine Unterstützung angeboten, damit China gezwungen werde, die russische Konvention über die Mandschurei abzulehnen.

Auch meldet bereits ein Telegramm aus Peking: Der Kaiser von China soll die Gutheißung der russischen Konvention abgelehnt und Li-Hung-Tschang beauftragt haben, Rußland mitzutheilen, es möge sich an die vereinigten Mächte wenden.

Bei nächster Gelegenheit paktirt China natürlich wieder ganz vergnügt mit Rußland gegen die anderen Mächte. Die Kosten dieser Tragikomödie tragen die Steuerzahler der betheiligten Länder.

Preußischer Landtag.

Berlin, 9. März 1901.

Das Preußische Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Lesung des Kultusetats fort. Zunächst wurde das Kapitel „höheres Schulwesen" erledigt. Der Zentrumsabgeordnete Schmitz wiederholte die Rede gegen die Ansprüche der Oberlehrer, die Herr v. Miquel gestern gehalten hatte. Er fühlte sich umso berufener dazu, als er selber Richter ist und sich dadurch den Lehrern gegenüber in der höheren und geachteteren Stellung fühlt. Auch Herr v. Miquel ergriff noch einmal das Wort, um seine gestrigen Ausführungen vor dem Mißverständniß zu schützen, als hätten sie die Bedeutung des Lehrerstandes herabsetzen sollen. Er, der geadelte Träger des Schwarzen Adlerordens, hielt eine Philippika gegen die Jagd nach äußeren Auszeichnungen — bei den Lehrern. Der Antrag der Budget-Kommission, wonach der Normalbesoldungsetat derart abgeändert werden soll, daß die Lehrer das Höchstgehalt bereits nach 21 Jahren erreichen und, soweit sie an nicht staatlichen, aber vom Staat subventionirten Anstalten beschäftigt sind, in ihren pensionsfähigen festen Zulagen, den anderen staatlichen Anstalten beschäftigten Lehrern gleichgestellt werden sollen, wurde fast einstimmig angenommen. Zwei weitere Anträge über die Anrechnung der Dienstzeit der Hilfslehrer auf das Besoldungsdienstalter wurden der Budget-Kommission überwiesen. Herr v. Miquel wird über diese Beschlüsse nicht sehr entzückt sein, die gegen seinen Widerspruch zu Stande gekommen sind.

Nun wurde das Kapitel des Volksschulwesens aufgeschlagen. Den Anfang machte ein ultramontanes Intermezzo. Das Zentrum hatte einen Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, nicht deshalb politischen Gemeinden die Erlaubniß zur Errichtung von Volksschulen zu entziehen, weil sie den konfessionellen Charakter wahren wollen. Herr Studt hatte sich auf die Erwiderung sorgfältig vorbereitet; damit ihm das Staatsministerium nicht mehr das Stenogramm seiner freigehaltenen Rede korrigiren kann, bringt er seine Reden fein säuberlich ausgearbeitet mit und liest sie ab. So schützt er sich vor Entgleisungen. Das Ablesen von Reden scheint nur den Abgeordneten verboten zu sein. Er erklärte, daß in Preußen immer der konfessionelle Charakter der Volksschule gewahrt worden sei und erweiterte auf eine Anregung der Konservativen hin diese Feststellung noch durch das Versprechen, daß auch in Zukunft an dem konfessionellen Charakter der Volksschule festgehalten werden soll. Daraufhin zog das Zentrum seinen Antrag zurück. Die weitere Debatte brachte nur noch zwei größere Reden, die übliche Rede des Zentrumsabgeordneten Dittrich, dem die Volksschule noch immer nicht genug verkirchlicht ist, und dem die wenigen übrig gebliebenen Simultanschulen ein Dorn im Auge sind, und eine Rede des freisinnigen Schulmanns Kopsch, die sich mit großer Entschiedenheit gegen die geistliche Schulaufsicht, die Abfütterung der Schüler mit Gesangbuchstrophen wandte und die Dezentralisation und eine Neuorganisation des Kultusministeriums, die Trennung von Kultus- und Unterrichtswesen verlangte.

Da noch 16 Redner zu diesem Kapitel eingeschrieben sind, mußte eine Abendsitzung anberaumt werden.

Arbeiterbewegung.

Arbeitsniederlegung. Dem „Werdauer Amtsblatt" zufolge haben in der sächsischen Wagonfabrik in Werdau von 326 Arbeitern etwa 300 wegen Abzugs von 10 Proz. des Tagelohnzuschlages die Arbeit niedergelegt.

Bei der Firma Westheider Nachfolger in Düsseldorf sind 38 Schreiner in den Ausstand getreten. Christliche wie gewerkschaftliche Anhänger des deutschen Holzarbeiterverbandes gehen zusammen.

Der Ausstand der Schiffszimmerer auf der Flensburger Schiffswerft ist nach 18wöchentlicher Dauer beendet. Erfolge sind nicht erzielt worden. Bekanntlich haben die Schiffszimmerer die Arbeit niedergelegt, weil man zu ihren Ungunsten ungelernte Arbeiter in ihr Akkordverhältniß hineinzog.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 11. März 1901.

○ **Wo man in Breslau sparen will!** Wenn in den Kreisen der Arbeiter und nicht minder in verständigen bürgerlichen Kreisen große Befriedigung entstanden ist über den entschiedenen Schritt zur Neuregelung unseres Fach- und Fortbildungs-Schulwesens, so haben diese Kreise ihre Rechnung ohne den Einfluß der Gegner dieser Fortentwickelung des Volksbildungswesens gemacht. Wie unsere Leser wissen, sind die Einkommen- und Realsteuern für das neue Etatsjahr um zehn Prozent höher veranschlagt, wie im nun ablaufenden Jahre. Die Finanzkünstler in der Stadtverordnetenversammlung gehen nun darauf aus, durch allerlei Abstriche an einzelnen Posten des Etats eine Herabdrückung dieses Satzes herbeizuführen. So haben sie in der ersten Sitzung des Etatsausschusses an kleinen Posten zusammen 30,000 Mk., in der zweiten rund 100,000 Mk. am Schulbaufonds abgestrichen. Und wie nun die „Breslauer Zeitung" offenbar sehr vergnügt mittheilt, will man in der nächsten Sitzung von den 167,000 Mk., die für das Fach- und Fortbildungs-Schulwesen in den Etat eingestellt sind, etwa 100,000 Mark abstreichen. Wie zum Hohn wird dabei versichert, daß man damit nicht das Fortbildungswesen selbst gefährden wolle! In der That nicht: nur die nöthigen Gelder will man dafür nicht bewilligen, weiter nichts! Warum soll sich das Fortbildungswesen nicht auch ohne Geldmittel entwickeln können? Die „Breslauer Zeitung" sagt, „man" (eben unsere Finanzkünstler) rechnet einerseits damit, daß es überhaupt noch nicht vom 1. April d. J. ab in vollem Umfange in Kraft treten wird, und andererseits hofft man mit Bestimmtheit, daß, wie in anderen Städten, auch in Breslau der Staat die Hälfte der Kosten übernehmen wird. Das sind doch noch „Gründe"! Was den ersten Grund zur Abstreichung betrifft, so ist es selbstverständlich, daß der Etat des Fortbildungsschulwesens auf den Umstand, daß dasselbe zum 1. April in vollem Umfange noch nicht in Kraft tritt, schon eingerichtet ward. Ein Abstreichen von 100,000 Mk. aber bedeutet, daß die Reorganisation vollständig vertagt ist, ja, daß wir noch hinter das bisher schon Vorhandene zurückgehen. Für die frühere Sonntag- und Abendschule gab die Stadt jährlich 40,000 Mark und darüber aus. Da die neue Handwerkerschule, die schon längst im Betriebe ist, rund 43,000 Mk. erfordert, würde aber nach Abstrich von 100,000 Mk. für das eigentliche Fach- und Fortbildungswesen nur noch eine Summe von etwa 24,000 Mk. verbleiben — eine einmalige Ausgabe von 16,000 Mk., wie sie der Etatsvoranschlag aufstellt, mit eingeschlossen — zirka 20,000 Mk. weniger, wie schon vorher von der Stadt für diesen Bildungszweig ausgegeben wurde. Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!

Der zweite Grund, daß man nämlich hofft, der Staat werde die Hälfte der Kosten übernehmen, ist geradezu albern. Der Staat kann doch nur die Hälfte der Kosten übernehmen, wenn diese Kosten etatsmäßig feststehen. Wenn die Stadt aber nur sehr wenig bewilligt, wird auch der Staat nur die Hälfte dessen, was danach die Kosten des Fortbildungswesens betragen, übernehmen. Ja, der Staat wird angesichts der geringen, noch hinter früheren Jahren zurückbleibenden städtischen Aufwendung für diesen Zweck überhaupt nichts bewilligen. Alles in Allem: Es wäre für Breslau geradezu blamabel, wenn es unseren Finanzkünstlern im Bunde mit den zahlreichen Feinden der Reorganisation des Fortbildungs-Schulwesens gelingen sollte, einen derartigen unerhörten Plan durchzuführen.

⊙ **Die Stadtverordneten-Versammlung** wird sich am nächsten Donnerstag in erster Reihe mit der Generaldiskussion des Etats beschäftigen. Nebenher läuft dann, eine Folge unserer eigenartigen Behandlung der Etatsberathung, die Spezialberathung einiger Etats, die schon aus dem Etatsausschuß an das Plenum zurückgelangt sind. Das Votum des Etatsausschusses geht bei den meisten Etats auf Bewilligung, beim Etat für Armen- und Wohlfahrtspflege soll jedoch eine Ausgabe von 10,000 Mk. „zur Unterbringung armer Geisteskranker" abgesetzt werden, ebenso beim Etat der Kommunalfriedhöfe die Summe von 20,000 Mark, die zur Vergrößerung des Gräbschener Friedhofs gefordert war und die zweite Rate von 6500 Mark zwecks Anlegung eines Friedhofs bei Cosel.

Außer einer Reihe älterer Vorlagen stehen auf der Tagesordnung einige neue Vorlagen von wesentlicherer Bedeutung.

So soll die Stadt die Gebäude der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, welche auf dem der Stadt gehörenden pomologischen Garten in Abscheitnig an der Schwoitscher Chaussee errichtet sind, für 11,500 Mark ankaufen, da die Gesellschaft in Klettendorf ein eigenes Grundstück erworben hat und das städtische Terrain zurückgiebt. Der königlichen Universität soll die Stadt eine Beihülfe von 4000 Mark pro Jahr zur Errichtung einer Poliklinik für innere Krankheiten bewilligen. Der Magistrat ersieht daraus keinen großen Vortheil für die Stadt, will den Wunsch aber aus Noblesse erfüllen, da man von Seiten des Staates die Errichtung einer solchen Klinik zwar gewünscht, eine volle Unterhaltung derselben Mangels der nöthigen Mittel aber nicht gewähren kann. Der arme Staat! Weiter ist die Vorlage betreffend den Bau der Königlichen Baugewerk- und höheren Maschinenbauschule eingegangen. Es handelt sich dabei um eine Erhöhung der ursprünglich festgestellten Bausumme von 800 000 Mark auf 1 Million und 50 000 Mark, welcher Summe später noch ein weiterer Betrag von 200 000 Mark hinzutreten dürfte. Zur Herstellung eines Tunnels für den Fußgängerverkehr vom Oberschlesischen Bahnhof, zwischen der neuen Sadowastraße und der Gartenstraße soll die Stadt laut Vertrag mit der Eisenbahnverwaltung seine Pauschalsumme von 126 000 Mark beitragen, ebenso soll die Beleuchtung, die Unterhaltung des Fliesenbelags im Tunnel ꝛc. der Stadt zugewiesen werden, was eine weitere Ausgabe von 12 000 Mark verursacht. Zwecks Verbreiterung der Feldstraße soll ein Grundstück zum Preise von 50 040 Mark von der Stadt gekauft werden. Die Pferdeeisenbahngesellschaft hat davon 10 000 Mark mitzutragen. Der Druck des Gemeindeblatts soll der Firma Graß Barth und Co. übertragen werden.

Die wichtigste Vorlage, welche der Stadtverordnetenversammlung für ihre nächste Sitzung zugegangen ist, von dieser aber kaum wohl schon verhandelt werden wird — ist doch der Oberbürgermeister nicht anwesend — ist die betr. Forterhebung der Schlachtsteuer. Im Magistratsantrag ist die Dauer der Forterhebung nicht genannt. Man will sie wohl gleich für die nächsten zwanzig Jahre forterheben? Wir gehen auf die Begründung dieser Forderung in nächster Nummer des Blattes näher ein.

x. **Wahlkreiskonferenz Schweidnitz-Freiburg-Striegau.** Die Delegirten aus den Parteiorten hatten sich am Sonntag in der „Bierquelle" zu Gräben bei Striegau eingefunden, um sich über die Parteiverhältnisse des Kreises auszusprechen und zu verständigen. Genosse Heinzel-Striegau erstattete zunächst als Kreisvertrauensmann den Thätigkeitsbericht über das verflossene Jahr. Es sind im Herbste in großer Zahl Göhre-Broschüren vertheilt worden, die überall mit großem Interesse aufgenommen wurden. Ein Bohrer aus Kuhnern theilte nach der Verbreitung durch ein Eingesandt an das „Striegauer Stadtblatt" mit, daß die Mehrzahl der Kinder seiner Schule bereits am Montag früh erklärt hätten, jene Broschüre bereits am Tage vorher, dem Vertheilungs-Sonntage, gelesen zu haben. Dieses kleine Vorkommniß zeigt, mit welchem Eifer unsere Schriften gelesen werden. In vielen ländlichen Häusern fand man noch die Volkskalender, die im Jahre vorher vertheilt worden sind, am Ehrenplatze hinter dem Spiegel. Im ganzen Kreise, abgesehen von Striegau, herrscht der Lokalmangel. Versammlungen konnten nicht abgehalten werden. Die Striegauer Genossen veranstalteten des Oefteren Versammlungen, an denen auch auswärtige Genossen theilnahmen. Besonders das Wahlkreisfest im letzten Sommer hatte sich regster Betheiligung zu erfreuen. Das Verhältniß der Genossen zur Landbevölkerung wird ein immer vertrauteres. Wir dürfen nicht erlahmen, sondern müssen dahin wirken, daß im nächsten Wahlkampf der sozialistische Kandidat im ersten Rennen siege. Dazu soll auch mitwirken das Flugblatt gegen die Brotwucherer, das demnächst zur Vertheilung gelangen soll. Die Kassenverhältnisse sind nicht besonders glänzend. Es betrug die Einnahme 1231.66 Mk., die Ausgabe 523.39 Mk., so daß ein Bestand von 708.27 Mk. verbleibt.

Ueber die örtlichen Verhältnisse berichtet zunächst Genosse Koch-Schweidnitz. Der Lokalmangel ist zu beklagen. Trotzdem ist es gelungen, einen Wahlverein zu gründen, der gegenwärtig etwa 50 Mitglieder zählt. Bei den schlechten Löhnen der Arbeiter ist es schwer, sie zu materiellen Opfern zu veranlassen. Die Partei-Einnahmen im Geschäftsjahr 1900 betrugen in Schweidnitz nur 157.60 Mk., die Ausgaben 151.78 Mk., sodaß nur ein Bestand von 5.82 Mk. verblieb. Die Kräfte zur Flugblattvertheilung haben sich nicht in der gewünschten Zahl eingefunden. Genosse Wähner-Freiburg kann aus seiner Heimath ebenfalls wenig günstiges mittheilen. Die Krise macht sich besonders in Freiburg drückend bemerkbar. Ein Lokal steht auch hier nicht zur Verfügung. Nachdem noch Genosse Thasler für Hätlicht berichtet, wurde des längeren über Agitations- und Organisationsfragen debattirt. Dabei spielten besonders die Strafmandate eine Rolle, die wegen der Flugblattverbreitung ergangen. In der Mehrzahl der Fälle ist zwar in zweiter Instanz ein freisprechendes Urtheil erzielt, jedoch ist Vorsicht beim Flugblattverbreiten erforderlich. Deswegen wurde vorgeschlagen, Taschen für diesen Zweck zu beschaffen, jedoch wurde ein dahingehender Antrag abgelehnt. Es wurde weiter besonders hervorgehoben, daß den Wahlvereinen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden sei, da in ihm der Kern der Organisation liegen muß. — Die von Heinzel beantragte Gründung einer Kreiskasse wurde als unzweckmäßig abgelehnt. — Es wurde mitgetheilt, daß der schlesische Parteitag zwischen Ostern und Pfingsten und zwar wahrscheinlich in Striegau abgehalten werden wird. — Zum Punkt „Unsere Presse" wird konstatirt, daß die Abonnentenzahl in erfreulichem Wachsthum begriffen ist. Von den Striegauer Genossen wurden darauf mehrere Beschwerden gegen die „Volkswacht", von den Schweidnitzer Genossen solche gegen den „Proletarier" vorgebracht, die sich auf das Kürzen von eingesandten Berichten ꝛc. bezogen. Von den Genossen Feldmann und Kühs wurde bezüglich der Beschwerden Auskunft gegeben. Das Kürzen der Berichte ist nothwendig, soweit es sich nicht um wichtige, allgemein interessirende Fragen handelt. Unter Verschiedenem wurde der Kreisvertrauensmann, als welcher Genosse Heinzel wiedergewählt wurde, beauftragt, in Zukunft die Tagesordnung der Konferenz vier Wochen vorher in den Parteiblättern zu veröffentlichen. Mit dem Wunsche, daß die Berathungen zum Besten der Partei im Wahlkreise dienen mögen, wurde die Konferenz um 6 Uhr Abends geschlossen. — In Anschluß daran fand eine gut besuchte Volks-Versammlung statt, in welcher Genosse Feldmann die arbeiterfreundlichen Thaten des Frhr. von Richthofen beleuchtete.

* **Flugblätter dürfen Sonntags außerhalb der Kirchenzeit verbreitet werden!** So hat die Görlitzer Strafkammer im Einklang mit der bisher geübten Praxis entschieden. Unsere Leser wissen, daß vom Amtsgericht Lauban 7 Genossen, die am 21. Oktober Göhres Broschüre: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde" im Kreise Lauban verbreiteten, wegen Uebertretung der schlesischen Verfrommungs-Verordnung vom 20. März 1838, zur Mindeststrafe von je 1 Mark verurtheilt waren. Gegen dieses Urtheil hatten die Genossen aus **prinzipiellen** Gründen Berufung eingelegt. Seit 10 Jahren dürften im ganzen Kreise Flugblätter außerhalb der Kirchenzeit verbreitet werden, ohne daß es Jemandem eingefallen wäre, auf Grund irgend welcher Verordnung diese **ideale** Thätigkeit mit Strafen ahnden zu wollen. Auch am 21. Oktober wurden die Genossen nur in Geibsdorf und Schönbrunn angehalten. In sämmtlichen übrigen Orten des Görlitzer Landkreises und des Kreises Lauban fiel es Niemand ein, in der Flugblattverbreitung, welche die Landbewohner zu Beginn des Winters einfach schon erwarten, etwas Gesetzwidriges zu erblicken. Die Berufung wurde am Sonnabend vor der Görlitzer Strafkammer verhandelt. Vertheidigt wurden sämmtliche Angeklagten von Herrn Rechtsanwalt Kühn. Zu Beginn der Verhandlung meinte der Vorsitzende zu dem Vertheidiger: „Sie werden nicht viel zu vertheidigen haben, Herr Rechtsanwalt". Die Angeklagten waren auf Grund einer Oberpräsidialverordnung für Schlesien vom 20. März 1898 verurtheilt. Eine solche giebt es aber gar nicht! Die Oberpräsidialverordnung ist aus dem Jahre 1896. Die Angeklagten geben die inkriminirte Handlung zu. Das Wort erhält sodann Rechtsanwalt Kuhn zur Vertheidigung. Er setzt auseinander, daß erstens keine Arbeit vorhanden sei, da nicht jede Thätigkeit als eine Arbeit angesehen werden könne. Es müsse vielmehr für diese Thätigkeit ein [illegible] erkennbarer Zweck vorhanden sein. Zweitens sei [illegible] bemerkbare Arbeit in der Vertheilung der [illegible] zu sehen, da diese verdeckt ge-

tragen und nur in geschlossenen Räumen abgegeben wurden. Während seinen Ausführungen unterbricht sich der Vertheidiger wiederholt, da das Richterkollegium mit den Vertretern der Staatsanwaltschaft eifrig verhandelt. Der Vorsitzende erklärt, sobald der Vertheidiger innehält, daß die Richter wohl in der Lage wären, seine Ausführungen in sich aufzunehmen. Er bitte fortzufahren. Bei der dritten derartigen Erklärung wird der Vorsitzende sehr erregt. Der Vertheidiger erklärt, die Vertheidigung niederzulegen. Der Vorsitzende wiederholt, daß die Richter nur mit dem Herrn Staatsanwalt über den Schreibfehler des Amtsanwalts in Sachen der Ober-Präsidial-Verordnung vom Jahre 1896 verhandelt hätten und daß sie wohl in der Lage wären, gleichzeitig die Rede des Vertheidigers anzuhören. Er wisse, was er zu thun habe. Rechtsanwalt Kuhn erwidert, daß er Aufmerksamkeit beanspruchen könne und legt die Vertheidigung nieder. Der Vorsitzende: „Nun, wenn Sie nicht wollen, dann verzichte ich auch auf Ihre Vertheidigung. Der Vorsitzende frägt sodann die Angeklagten, ob sie noch etwas zu sagen hätten. Auf ein siebenstimmiges Ja aus der Anklagebank, ergänzt er: „Nicht wahr, Sie beantragen Ihre Freisprechung?" Allgemeines Ja. Der Gerichtshof zieht sich zu einer Berathung von einigen Minuten zurück, welche **die Freisprechung sämmtlicher Angeklagten ergiebt**. In der Begründung heißt es, daß eine öffentlich bemerkbare Arbeit nicht vorliegt. Die Angeklagten hätten ja nur dasselbe gethan, was jeder Postbote thue. Auch liege kein grober Unfug vor, da nicht der geringste Nachweis dafür erbracht sei, daß sich Jemand durch das Vertheilen der Flugblätter belästigt fühlte. Das Laubaner Urtheil ist somit kassirt und die Kosten sind der Staatskasse auferlegt worden. Wir hatten also Recht, als wir am 31. Januar bei der Besprechung der schriftlichen Urtheilsausfertigung des Amtsgerichts Lauban schrieben: „Das Urtheil ist unserer Auffassung nach unhaltbar." Die Görlitzer Strafkammer hat sich auf denselben Standpunkt gestellt und wir hoffen, daß die übrigen schlesischen Amtsgerichte, wenn sie in solchen Fällen von der Amtsanwaltschaft um Verurtheilungen auf Grund der Verfrommungs-Verordnung angegangen werden, ebenso entscheiden werden. Denn es hat doch keinen Zweck, die überlasteten Strafkammern mit Berufungen zu beschäftigen — und gegen jedes solche Urtheil wird Berufung eingelegt — und der Staatskasse unnöthige Kosten zu verursachen.

* **Zur Reichstagswahl in Posen.** Heute Montag findet die Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Motty statt. Es ist von vornherein sicher anzunehmen, daß der polnische Kandidat Rechtsanwalt von Chrzarnowski mit großer Majorität gewählt wird, zumal beide polnische Parteien, die Hof- und die Volkspartei, diesmal einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt haben, wohl weislich einen Volksparteiler, da die Hofpartei, die Partei des Adels und der Geistlichkeit, immer mehr an Einfluß verliert. Kam doch Motty, ein Hofparteiler, in der letzten Wahl nur mit geringer Majorität gegen den Kandidaten der Volkspartei durch. Natürlich spielen, so wird dem „Vorwärts" von dort geschrieben, die Getreidezölle eine große Rolle bei der Wahl, obgleich sowohl von dem politischen Kandidaten wie auch von dem der deutschen Parteien, Oberbürgermeister Witting, alles gethan wird, um die Wähler über die Bedeutung dieser Frage hinweg zu täuschen. Die Erörterung der Kornzölle in Beziehung zu der Reichstagswahl wird in der polnischen wie auch in der deutschen Presse vermieden, und die Sozialdemokratie allein ist es, die die Wahl zu einer Protestwahl gegen den beabsichtigten Brotwucher machen will. Daß diese Aufklärung den energischsten Widerstand der Behörden veranlaßt, wird den nicht wundern, der die fortwährenden Chikanierungen der Posener Genossen durch die Behörden kennen gelernt hat. Die Wegnahme von Flugblättern spielt die größte Rolle. So wurden in dem Städtchen Stenschewo von einem Gendarm die Flugblätter weggenommen. Der Bürgermeister, von dem die Herausgabe verlangt wurde, wußte nicht das geringste von dem Verbleib der Blätter. Ein an einen Genossen von Posen aus durch die Post gesandtes Packet mit Flugblättern, das Mittags ankam, wurde bereits am Nachmittag auf Veranlassung des Bürgermeisters konfiszirt. Man gab vor, eine Haussuchung nach „anarchistischen" Schriften anstellen zu müssen. In Schwersenz wurden den Genossen die Flugschriften, die sie verbreiteten, auf Veranlassung des Bürgermeisters weggenommen. Diese wenigen Beispiele beweisen, unter welch schwierigen Verhältnissen hier zu arbeiten ist. Trotzdem hoffen wir auf einen Fortschritt auch hier im dunkelsten Osten.

* **Zusammenbruch eines Bankhauses.** In der Stadt kursiren Gerüchte, daß der Inhaber eines hiesigen älteren Bankgeschäftes, Albert Holz, seit mehreren Tagen von Breslau verschwunden ist und die Geschäftsbücher und Papiere durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden sind. Ihre Bestätigung erfahren diese Gerüchte, nach der „Bresl. Ztg.", durch die Thatsache, daß das Geschäftslokal heute Vormittag geschlossen worden ist.

* **Unglücksfälle.** Am 7. d. Mts., Abends, sprang ein Arbeiter in der Trunkenheit aus einem Fenster im 1. Stock des Hauses Weißgerbergasse 33 auf den Fahrdamm, wobei er für seinen Uebermuth mit einem Bruch des rechten Fersenbeines bestraft wurde. Er wurde im Allerheiligen-Hospital untergebracht. — Am 8. d. M., Vormittags, war ein Kutscher auf einem Sandlagerplatz an der Hundsfelder Chaussee mit einem zweispännigen Wagen gefahren. Als der Wagen beladen worden war und die Pferde anzogen, stürzte der Kutscher vom Wagen und wurde überfahren. Er erlitt Brüche beider Beine. Nachdem ihm Feuerwehrmannschaften die erste Hilfe geleistet hatten, wurde er der Klinik an der Maxstraße zugeführt.

* **Unbekannte Wohlthäterin.** Am 18. v. M., Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, soll eine unbekannte Dame im Korridor der Maxklinik zwei armen Frauen (Schwestern), mit denen sie Mitleid empfand, zwei Scheine geschenkt haben, die sich, als die Frauen in einem Geschäft auf der Sandstraße die Scheine wechselten, als Tausendmarkscheine entpuppten. Die Behörde prüft, ob die Angaben der Frauen auf Wahrheit beruhen. Die betreffende Dame wird deshalb ersucht, sich im Zimmer 58 des Polizeipräsidiums zu melden, da die beiden Frauen in den Verdacht des Diebstahls bezw. der Unterschlagung gekommen sind.

* **Zur Rekognoszirung.** In der Nacht zum 5. d. Mts. ist ein Mann von der Lessingbrücke in die Oder gesprungen. Auf dem Rücken schwimmend trieb er stromabwärts und beachtete nicht die Zurufe mehrerer Personen, ans Land zu halten, worauf er gerettet werden würde. In der Nähe des Augustaplatzes schob der Mann unter das Eis. Rettungsversuche waren nicht möglich. Um die Persönlichkeit des unbekannten Selbstmörders feststellen zu können, werden Angehörige aufgefordert, sich im Zimmer 61 des Polizeipräsidiums zu melden.

* **Körperverletzung.** Am 8. d. Mts., Abends, belästigte auf der Gräbschnerstraße ein Anstreicher die Frau eines Schmiedes. Als dieser hinzukam und den Anstreicher zurechtwies, zog letzterer sein Taschenmesser und brachte damit dem Schmied eine Wunde im Gesicht bei. Der Thäter wurde verhaftet. — In der Nacht zum 9. d. Mts. warf ein Arbeiter in seiner Wohnung auf der Taschenstraße nach einem Streite eine Anzahl Teller gegen seine Frau und verletzte diese so erheblich, daß Feuerwehrmannschaften zur Anlegung von Verbänden gerufen werden mußten. Da der Mann noch in Gegenwart von Polizeimannschaften Drohungen ausstieß, wurde er, um Unheil zu verhindern, in Haft genommen.

* **Unbekannter Betrüger.** Ein Mann, welcher sich anfänglich William A. Morley, später aber Karl Henry Wolff nannte, wurde vor einigen Tagen in Wien wegen Juwelendiebstahls festgenommen. Er will in Deutschland am 11. Januar 1873 geboren sein, verweigert aber die Angabe des Geburtsortes, angeblich um seine Eltern, für die er als verschollen gilt, zu schonen. Im Jahre 1888 will er Deutschland verlassen und sich nach Amerika begeben haben und dort bis 1891 geblieben sein. Demnächst wieder nach London zurückgekehrt, will er sich dort bis 1894 aufgehalten haben. In den Jahren 1894 und 1895 hat er angeblich größere Reisen nach Paris, Nizza, Italien gemacht und will dann wieder nach London zurückgekehrt und bis 23. Februar cr. aufhältlich gewesen sein. In London hat er angeblich unter dem Namen Henry Wolff wegen Diebstahls zwei Gefängnißstrafen von 15 und 12 Monaten verbüßt und will nach seiner am 1. Januar cr. erfolgten Freilassung als August Bartsch in London die Stellung eines Kammerdieners bekleidet und seinem Dienstherrn die Juwelen gestohlen haben. Allem Anschein nach ist auch der Name Wolff fingirt, um möglicher Weise ein noch ungesühntes Verbrechen zu verheimlichen. Alle Personen, welche Angaben zur Feststellung der Persönlichkeit des Mannes machen können, werden ersucht, sich im Zimmer 57 des Polizeipräsidiums zu melden, woselbst seine Photographie ausliegt.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängniß wurden am 8. d. M. 61 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: Ein Hunde-Maulkorb mit der Marke 6217, ein schwarzer Regenschirm mit weißem Griff, ein Moiree-Pompadour mit einem Portemonnaie, ein Granatarmband und zwei Karten für die Strgakademie. — Abhanden kamen: Eine goldene Damenuhr mit goldener Kette und verschiedenen Berloques, eine silberne Zylinderuhr ges. P. S., eine Sparkasse mit 120 Kronen in Papiergeld, ein goldener Trauring ges. E. T. 1. Juli 1873 und 2 Portemonnaies mit 16 Mk. und 23.40 Mk. Inhalt.

---

st. **Der Holzarbeiter-Verband** (Zahlstelle Breslau) hielt am gestrigen Sonntag im hiesigen „Schießwerder" eine sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referirte Stadtverordneter Bruhns über „Die Umgestaltung des Fach- und Fortbildungsschulwesens in Breslau" unter lebhaften Beifall. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sich inhaltlich deckt mit der kürzlich von der Arbeiterversammlung in der „Kaiserburg" beschlossenen Resolution. Dann nahm Kollege Bergmann das Wort zu einem Vortrag über den „Arbeitsnachweis der „Holzarbeiter". Der paritätische Arbeitsnachweis, den der Redner seit acht Jahren umsonst für die Innung geführt und dieser damit etwa 1000 Mark erspart hat, ist bekanntlich in die Brüche gegangen. Die Innung suchte vor dem großen Streik im vergangenen Jahre den Arbeitern den Arbeitsnachweis wegzunehmen, was ihr freilich nicht gelingen konnte, da Redner Inhaber des Lokals war. Jetzt stehen wir vor der Frage, wie wir unseren Nachweis endgiltig einrichten. Redner ist der Meinung, daß man mit der Innung darüber nicht länger verhandeln, sondern an die Einrichtung eines eigenen Arbeitsnachweises gehen solle. Nach längerer Diskussion, in der einige Beschwerden gegen die jetzige Art des Nachweises von Arbeit erhoben werden, gelangt folgende Resolution zur Annahme: „Die heute im „Schießwerder" tagende, überaus zahlreich besuchte Mitgliederversammlung beschließt in Anbetracht des Umstandes, daß die hiesige Tischlerinnung trotz der bisherigen Bemühungen des Gesellenausschusses sich weigert, eine für beide Theile befriedigende Lösung des Arbeitsnachweises und Herbergswesens herbeizuführen, nunmehr die Errichtung und Ausgestaltung des eigenen Arbeitsnachweises. Für alle Erwerbszweige der Holzindustrie soll, den heutigen Produktionsverhältnissen entsprechend, künftig unentgeltlich Arbeit vermittelt werden. Die heutige Versammlung beauftragt daher die Gesellenausschüsse, nunmehr ein Kompromiß mit der Tischlerinnung nicht mehr nachzusuchen."

Kollege Peikert berichtet dann Namens der Lohnkommission über vorgekommene Lohndifferenzen bei den Firmen May v. Hildebrandt und bei Großkopf. Während diese Differenzen bei der ersteren Firma gütlich beigelegt sind, schweben bei Großkopf noch Verhandlungen. Redner ermahnt die Kollegen, bei allen solchen Differenzen die Lohnkommission heranzuziehen zur Schlichtung. Schluß der Versammlung 2 Uhr Nachmittags.

Sagan, 7. März. Der herzogliche Park geschlossen. Auf Veranlassung des Generalbevollmächtigten Grafen Hatzfeldt ist der herzogliche Park für das Publikum geschlossen worden. Es herrscht hier über diese Maßnahme eine große Erregung. Man hofft, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Schmiedeberg, 9. März. Zu Tode verunglückt gestern in der Berg-Freiheitsgrube der Bergmann Hübner. Er war von stürzenden Gesteinsmassen verschüttet worden und ehe Hilfe herbeikam, bereits todt. Hübner, ein aus Böhmen stammender, 33 Jahre alter Mann, hinterläßt Frau und ein Kind von acht Jahren.

Seidenberg O.-L., 8. März. Vom Zuge zermalmt. Gräßlich verstümmelt wurde am Dienstag Abend auf der Eisenbahnstrecke Zittau-Seidenberg die Leiche des Bergarbeiters Schwerdtner aufgefunden. Der Kopf war ganz zermalmt. Ein Bein und Arm waren abgefahren. Schw. trug aus Nahrungssorgen schon längere Zeit Selbstmordgedanken. — Selbstmord. Der in einer Hirschfelder Fabrik beschäftigte Eisendreher Werner hat sich mit einem Rasirmesser den Hals bis auf den Wirbelknochen durchschnitten. Geistige Umnachtung ist die Ursache dieser That.

Brieg, 9. März. Ein mißglückter „Einbruch". Am Morgen des 18. Februar d. J. verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, daß in der vorhergegangenen Nacht in dem Uhren- und Goldwaarengeschäft von Max Wenzel ein großer Einbruchsdiebstahl verübt worden sei. Die in dieser Sache von der Polizeibehörde sofort aufgenommenen Ermittelungen führten ganz bald zu dem überraschenden Resultate, daß Wenzel den Einbruch selbst veranlaßt hatte. Er hatte sich dadurch in den Besitz der Versicherungssumme setzen wollen, denn er war bei einer Einbruchs-Versicherungsgesellschaft gegen Einbruch mit 5000 Mk. versichert. Wenzel hatte sich, nach der „Schles. Ztg.", gestern vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Wie der geständige Angeklagte mittheilte, hatte er den Plan eines fingirten Einbruchs dem Klempnergesellen Gottwald auseinandergesetzt. Dieser ging sofort auf das Vorhaben ein; als Mithelfer wurde der Klempner Alscher noch in Mitwissenschaft gezogen. Die That war für den 17. Februar Abends verabredet. Wenzel durchfeilte den Schließer des Thürvorlegschlosses, sodaß er leicht zu durchbrechen war. Am Nachmittag des 17. ging Wenzel mit den zwei gemietheten Einbrechern spazieren, abends kehrten sie in ein Lokal ein. Nach einem fingirten Streite entfernten sich Gottwald und Alscher und verübten den Einbruch. Die Glastafeln der Schaukästen zertrümmerten sie, Geschäftsbücher und verschiedene Papiere verbrannten sie. Die zusammengerafften Goldsachen packten sie in einen Handkoffer. Am anderen Tag versuchte Alscher mit dem Koffer nach Zülz zu reisen, um dort die Goldsachen zu verkaufen. Kurz vor Abfahrt des Zuges wurde er verhaftet. Wenzel wurde wegen versuchten Betruges zu 1½ Jahren Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust, Gottwald zu 9 und Alscher zu 6 Monaten und je 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt.

b. **Neustadt OS.**, 10. März. Ein Strafmandat. Genosse Franz Berger wurde am 9. d. Mts. auf Antrag des Kgl. Staatsanwaltschaft mit einem Amtsrichterlichen Strafbefehl in Höhe von 6 Mark mit 1 Mark 10 Pf. Kosten belegt. Das Vergehen unseres Genossen wurde darin erblickt, weil er am 28. Januar d. J. ohne polizeiliche Erlaubniß Druckschriften — Aufrufe an die in der Leder-Fabrikation beschäftigten Lederarbeiter in Neustadt OS. — vertheilte.

Neueste Nachrichten.

Gefährliche Verwickelungen.

Der russische Gesandte in Pecking besteht, wie aus chinesischer Quelle verlautet, auf der Unterzeichnung des Mandschurei-Abkommens und stellt Zwangsmaßregeln in Aussicht, falls die Unterzeichnung nicht innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen werde.

Präsident Krüger

verlangte von Botha telegraphisch Aufklärung über dessen Verhandlungen mit Kitchener. Die Antwort Bothas steht noch aus. Krüger bleibt bei der Ansicht, daß ohne weitgehendste Autonomie ein Friedensschluß unmöglich sei.

Stadt-Theater.
Montag:
„Bajazzi".
„Cavalleria rusticana".
„Phantasien im Bremer Rathskeller".
Dienstag:
„Ueber unsere Kraft". (II. Theil.)

Lobe-Theater.
Montag:
„Flachsmann als Erzieher."
Dienstag:
„Rudi, der Fexfer."
Hierauf:
„Der verlorene Sohn."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Montag:
Gruppe M, 2. Vorstellung.
„Der Compagnon".
Donnerstag:
Gruppe N. 2. Vorstellung:
„Der Compagnon."

Polster-Werg,
Roßhaare, Agave, Indianfaser, Alvengras, Seegras, Federn, Möbelschnur, Gurte, Bindfaden, Stränge, Stricke, Wäscheleinen, Hängematten, Netze, Taschen empfiehlt billigst 1561
Jul. Moritz, Seiler-Meister, Schuhbrücke 30.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Mittwoch, den 13. März:
Auf vielseitigen Wunsch nochmalige
Nachmittags-Kinder-Elite-Vorstellung
mit
Mstr. Zoretta
bei kleinen Preisen.
Sämmtl. außenstehenden Bons und Vereinsbillets haben bis auf Weiteres Gültigkeit.

Zeltgarten.
Kurzes Leonhardy Haskel-Gastspiel
!Die Zauberflasche!
Operette in 1 Akt von Leonhardy Haskel, Musik von Fritz Munkel.
Darauf Gebr. Rock Neu!
Im Tunnel die beliebt. Schweden.

Castan's Panoptikum, Museum, Aquarium, Museum, Sehenswürdigkeiten aller Art. Alles Nähere die Placate.

20 Kinderwagen werden einzeln auf Abzahlung bei einer Anzahl. von 5 Mark u. einer wöchentl. Abzahl. v. 1 Mk. an abgegeben.
S. Osswald,
Schuhbrücke 74, I.
2-5

Prakt. Zahn-Arzt Alfred Freund
Kaiser-Wilhelmstr. 12, II. (Wachsl.)
Sprechst. 9—1, 3—5. Feiern 9—11
Billige Preise. Theilzahlung gestattet

Reizende Kinder-Kleidchen. 279 H
spottbillig
in der Fabrik
H. Ehrlich, Nicolaistrasse No. 13.

Liederbuch
von
Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

„Die Kohlennoth."
Ein Vortrag
vor
Nürnberger Arbeitern
von
Dr. v. Haller.
Preis 15 Pfg.
Zu beziehen die Expedition der Volkswacht.

5 Pfg.-Sumatra-Cigarren,
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack.
100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme
Cigarren-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner,
Fabrik und Haupt-Geschäft: 1517
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstr. 16, Ecke Schrotgasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77,
Neu eröffnet: Scheitnigerstraße 22.

Paul Heidenreich,
Bismarckstraße Nr. 23 216
Sarg-Magazin
Reelle Bedienung. — Billigste Preise.

Achtung! Bildhauer!
Dienstag, den 12. d. Mts., Abends 8 Uhr:
Allgemeine Bildhauer-Versammlung
in Heider's Brauerei, Herrenstraße 19.
Tagesordnung:
I. Vortrag des Gen. Kaul: „Werth der Arbeit"
II. Unsere Berufsstatistik
III. Verschiedenes.
924
Es ist Pflicht aller Bildhauer in dieser Versammlung zu erscheinen.